

# 1. EINFÜHRUNG IN DIE VRV 2015

(DR. CHRISTINA PFAU UND MMAG. DR. ANTON MATZINGER)

## 1.1 Historie

### 1.1.1 Haushaltsrechtsreform des Bundes

Basis für die Reform des Haushaltswesens für Länder und Gemeinden, die durch die Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 im Herbst 2015 beschlossen<sup>1</sup> wurde, ist die Haushaltsrechtsreform des Bundes. Erste Schritte zur Konzeption einer Reform wurden bereits im Jahr 2005 gesetzt. In dieser Zeit wurde angedacht, nicht nur eine Haushaltrechtsreform für den Bund, sondern auch für Länder und Gemeinden zu beschließen<sup>2</sup>. Dies scheiterte jedoch an dem Einwand der Länder, Städte und Gemeinden.<sup>3</sup> Offensichtlich war die Zeit noch nicht reif genug. Die Haushaltsrechtsreform des Bundes, die auf Grundlage internationaler Erfahrungen bei Budgetreformen sowie den International Public Sector Accounting Standards (IPSAS)<sup>4</sup> erarbeitet wurde, wurden im Dezember 2007 vom Nationalrat im B-VG verankert. Die im B-VG verankerten vier neuen Haushaltsgrundsätze<sup>5</sup> wurden innerhalb von zwei Jahren in detaillierte Bestimmungen umgesetzt und im neu verfassten Bundeshaushaltsgesetz 2013 (BHG 2013) im Dezember 2009 kundgemacht.

### 1.1.2 VRV 2015

Ab dem Beschluss der Haushaltsrechtsreform beschäftigte sich der Rechnungshof verstärkt mit der VRV 1997. Nach seinen Prüfergebnissen entsprach die Rechnungslegung der Länder und Gemeinden nicht mehr den Anforderungen an ein modernes Rechnungswesen. Die Argumente für eine Reform wurden immer stärker.

Gem. § 16 Abs. 1 F-VG 1948 hat der Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Rechnungshof Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Gebietskörperschaften insoweit regeln, als dies zur Vereinheitlichung erforderlich ist. Diese Kompetenz bezieht sich auf die Voranschläge und Rechnungsabschlüsse. Die unterjährige Verrechnung hängt zwar damit zusammen, verbleibt aber im selbständigen Wirkungsbereich der Länder.

<sup>1</sup> BGBl. II Nr. 313/2015.

<sup>2</sup> Steger, Die Haushaltsrechtsreform des Bundes, IV 2008.

<sup>3</sup> Für Länder und Gemeinden wurden im Zuge der B-VG-Änderung die Absätze 2 und 3 des Art. 13 neu gefasst (Staatszielbestimmung sowie Genderbudgeting).

<sup>4</sup> Siehe dazu die im Geschäftsbericht zur Eröffnungsbilanz des Bundes zum 1. Jänner 2013 veröffentlichte Liste, welche der – zum damaligen Zeitpunkt veröffentlichten 32 – IPSAS-Standards teilweise umgesetzt oder umgesetzt wurden bzw. nicht anwendbar waren.

<sup>5</sup> Die in Art. 51 Abs. 8 verankerten Grundsätze sind die Grundsätze der Wirkungsorientierung insbesondere auch unter Berücksichtigung des Ziels der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern, der Transparenz, der Effizienz und der möglichst getreuen Darstellung der finanziellen Lage des Bundes.

Damit ist die Zusammenarbeit im gesamten Bereich der Rechnungslegung notwendig und sinnvoll. Bereits mit dem „Heiligenbluter Abkommen“<sup>6</sup> aus dem Jahr 1974 wurde daher eine ständige Kooperation vereinbart. Bund, Länder und Gemeinden kamen überein, Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, Gemeinden und von Gemeindeverbänden **einvernehmlich zu gestalten**.

Drei Jahre nach dem Beschluss der Haushaltsrechtsreform des Bundes und ein Jahr vor dessen Inkrafttreten wurde 2012 auf Initiative des Bundesministeriums für Finanzen und im Einvernehmen mit dem Rechnungshof damit begonnen, auf Basis der Grundsätze der Haushaltsrechtsreform einen Entwurf zur Neugestaltung der VRV vorzubereiten. Leitende Prinzipien waren dabei Transparenz, Effizienz und Vergleichbarkeit und die Wirkungsorientierung. Maßgebend für den Entwurf war die Bundeshaushaltsrechtsreform, die auf den IPSAS aufbaut, den unionsrechtlichen Vorgaben wie dem Six-Pack entspricht und den verfassungsrechtlichen Bestimmungen (Art. 13 Abs. 2 B-VG und § 16 Abs. 1 F-VG) Rechnung trägt. Ziel war zudem möglichst einheitliche und mit dem Bund harmonisierte Regelungen zum Voranschlag sowie zum Rechnungsabschluss festzulegen. Prämisse war und ist weiterhin, den Umstellungsaufwand in der Verwaltung möglichst gering zu halten.

Im Dezember 2013 folgte im Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung 2013 bis 2018 die politische Beschlussfassung, eine Harmonisierung der Rechnungsvorschriften aller öffentlichen Haushalte einzuführen. Dadurch soll eine möglichst getreue, vollständige und einheitliche Darstellung der finanziellen Lage (Liquiditäts-, Ressourcen- und Vermögenssicht) aller Gebietskörperschaften sichergestellt werden. Im Frühjahr 2014 wurde ein Entwurf des BMF an Länder und Gemeinden ausgeschickt.

Auch die Länder und Gemeinden wurden aktiv. Eine von der Landesfinanzreferentenkonferenz eingesetzte Arbeitsgruppe arbeitete gemeinsam mit dem Österreichischen Städtebund und dem Österreichischen Gemeindebund einen Entwurf für ein integriertes Verbund-Rechnungswesen (3-Komponenten-System) aus. Auf Basis dieses Vorschlages und des vom Bundesministerium für Finanzen gemeinsam mit dem Rechnungshof erstellten Entwurfes einer novellierten VRV fanden in einer Arbeitsgruppe aus Vertretern des Bundesministeriums für Finanzen, des Rechnungshofes, der Länder, des Österreichischen Städtebundes und des Österreichischen Gemeindebundes ab Juni 2014 zahlreiche intensive Verhandlungen statt, die in einer einheitlichen Fassung mündeten. Dabei wurde festgelegt, dass die Wirkungsorientierung<sup>7</sup> aufgrund der begrenzten Regelungskompetenz des BMF in § 16 Abs. 1 F-VG aus dem Entwurf entfernt wird. Somit verbleibt die Wirkungsorientierung im selbständigen Wirkungsbereich der Länder.

---

<sup>6</sup> Das „Heiligenbluter Abkommen“ wurde am 28. Juni 1974 als „Schlussprotokoll über das Ergebnis der Verhandlungen der Vertreter des Bundes, der Länder und der Gemeinden über den Entwurf einer Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der Gemeinden und von Gemeindeverbänden geregelt werden, und über die hiezu gemeinsam ausgearbeiteten Anmerkungen“ unterfertigt.

<sup>7</sup> Wirkungsorientierung bedeutet, dass die mit den eingesetzten Mitteln angestrebten oder erzielten Wirkungen und Leistungen in die Budgeterstellung und in die gesamte Haushaltsführung zu integrieren sind.

Die Inhalte der VRV 2015 wurden bei den Verhandlungen einvernehmlich beschlossen. Hinsichtlich der Vorgehensweise gab es jedoch Meinungsverschiedenheiten, da die Länder hinsichtlich einzelner Elemente der geplanten neuen VRV (wie der mittelfristigen Finanzplanung) der Ansicht waren, dass sie nicht unter die Regelung des § 16 Abs. 1 F-VG fallen, dh diese nicht die Form und Gliederung des VA/RA betreffen und somit nicht mittels Verordnung des Bundesministers für Finanzen geregelt werden können. In diesem Zusammenhang wurde auch die Aufnahme von Regelungen zu Haftungsobergrenzen und dem einheitlichen Spekulationsverbot in der VRV 2015 diskutiert.

Nach Behandlung im Budgetausschuss des Nationalrats und nach Anpassung aufgrund einer Stellungnahme des Budgetdienstes<sup>8</sup> des Parlaments wurde die VRV 2015 im Einvernehmen mit dem Rechnungshof am 19. Oktober 2015 kundgemacht, ohne darin das Spekulationsverbot, die mittelfristige Finanzplanung und die Haftungsobergrenzen<sup>9</sup> zu regeln.

Aus Sicht der Länder ging die VRV 2015 über die Ermächtigung zur Regelung von Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Gebietskörperschaften hinaus. Deshalb wurde von den Ländern ins Auge gefasst (letztendlich jedoch nicht verfolgt), die Regelungskompetenz des BMF bzgl. § 16 Abs. 1 F-VG vom Verfassungsgerichtshof überprüfen zu lassen. Vor diesem Hintergrund und dem Beweggrund keine zeitliche Verzögerung bei der Einführung der Regelungen des neuen Haushaltsrechts zu schaffen, schlossen die Länder untereinander eine Art. 15 a Abs. 2 Vereinbarung über gemeinsame Grundsätze der Haushaltsführung ab. Darin wurde die VRV 2015 (bis auf das Inkrafttreten, das einheitlich das Jahr 2020 vorsah und mit Ausschluss von Regelungen für Gemeinden) unverändert wiedergegeben.

Während der Genese der VRV 2015 begann die Steiermark als Pilotland eine Haushaltsrechtsreform nach den Grundsätzen der Bundeshaushaltsreform mit dem verbundenen Rechnungssystem umzusetzen. Die Steiermark<sup>10</sup> hat in diesem Zuge 2015 auch die Wirkungsorientierung im Voranschlag eingeführt. Zwei Bundesländer werden bereits 2019 die VRV 2015 anwenden: das sind Salzburg und Kärnten<sup>11</sup>. Kärnten wird, wie auch die Steiermark die wirkungsorientierte Budgetierung anwenden.

### 1.1.3 Novelle der VRV 2015

In den Jahren 2016 bzw. 2017 wurden mehrere Arbeitsgruppen der Länder und Gemeinden zur Umsetzung der VRV 2015 eingesetzt. Das war zum einen die vom Städte-

<sup>8</sup> Siehe die Stellungnahme des Budgetdienstes vom September 2015 unter [https://www.parlament.gv.at/ZUSD/BUDGET/2015/BD\\_-\\_Stellungnahme\\_Voranschlags-\\_und\\_Rechnungsabschlussvorschriften.pdf](https://www.parlament.gv.at/ZUSD/BUDGET/2015/BD_-_Stellungnahme_Voranschlags-_und_Rechnungsabschlussvorschriften.pdf)

<sup>9</sup> Einigung zu den Haftungsobergrenzen und dem Spekulationsverbot konnte im Paktum über den Finanzausgleich ab dem Jahr 2017 erzielt werden. Vereinbart wurden einerseits eine Haftungsobergrenze mit einer einheitlichen Berechnung je Gebietskörperschaftsebene und andererseits ein einheitliches Spekulationsverbot für Bund, Länder und Gemeinden einzuführen.

<sup>10</sup> Siehe dazu auch das e-learning Programm des Landes Steiermark <http://media.steiermark.at/haushaltsreform/index.html>

<sup>11</sup> Zur Haushaltsrechtsreform in Kärnten siehe <https://www.ktn.gv.at/Themen-AZ/Details?thema=4&detail=635>

## 1. Einführung in die VRV 2015

bund und Gemeindebund in Auftrag gegebene AG Mustervoranschlag und Musterrechnungsabschluss, in der unter Einbeziehung von KDZ – Zentrum für Verwaltungsfor-schung, NÖ Gemeinde Beratungs & SteuerberatungsgesmbH, QUANTUM – Institut für betriebswirtschaftliche Beratung GmbH und des Bundesministeriums für Finanzen eine Muster-Finanzierungs-, -ergebnis- und -Vermögensrechnung inklusive Anlagen gem. VRV 2015 für drei Pilotgemeinden<sup>12</sup> ausgearbeitet wurde.<sup>13</sup>

Zudem wurde eine Länder- und eine Gemeinde-Arbeitsgruppe eingesetzt, in der unter Einbindung des KDZ und des Bundesministeriums für Finanzen die Konten der neuen Kontenpläne<sup>14</sup> beschrieben wurden.

In diesen Arbeitsgruppen wurden Erleichterungen beim Übergang auf die VRV 2015 und in der weiteren Umsetzung erarbeitet:

- ▶ Verringerung der Anzahl der Anlagen zum Voranschlag von acht auf vier Anlagen
- ▶ Einfügung einer Übergangsbestimmung, wonach Länder und Gemeinden die Rest-nutzungsdauer für einen bereits erfassten Vermögenswert mit einer Nutzungsdauer von bis zu 10 Jahren beibehalten können, wenn dieser aufgrund der vom Land bzw. der Gemeinde festgelegten oder vorgegebenen Nutzungsdauer linear abgeschrieben wurde. In diesem Fall sind die für die Berechnung der Abschreibung in der Anlage 7 festgelegten Nutzungsdauern nicht heranzuziehen.(§ 38 Abs. 2)
- ▶ Verringerung der Komplexität von Anlagen (zB beim Leasingspiegel)
- ▶ leichtere Anwendung der Rechtsvorschriften durch Einfügung von Klarstellungen in der VRV 2015 (§ 6 Abs. 8: (MVAG-Gliederungselemente in Finanzierungsrechnung; § 36: Rückerfassung von Investitionszuschüssen) sowie in den Erläuterungen (§ 36: Gemeindebedarfszuweisungen sind Eigenmittel der Gemeinde)
- ▶ Vereinheitlichung des Zeitpunkts des Inkrafttretens:  
Die bisherigen unterschiedlichen spätestens Inkrafttretens-Zeitpunkte für Länder und Gemeinden über 10.000 Einwohner (2019) und die Gemeinden unter 10.000 Ein-wohner (2020) werden durch die Novelle für Länder und Gemeinden einheitlich mit 2020 festgelegt. Durch das gemeinsame Inkrafttreten insbesondere bei den Ge-meinden wird die Arbeit von (Prüfungs-)Institutionen wie dem Rechnungshof, den Landesrechnungshöfen, der Gemeindeaufsicht und der Statistik Austria erleichtert. Durch die verlängerte Vorbereitungszeit können Länder und Gemeinden einen ver-waltungsökonomischen und problemfreien Ablauf der Umstellung auf die neue Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse sicherstellen.
- ▶ Anpassungen gab es auch durch die Schaffung neuer oder durch die neue Bezeich-nung bestehender Konten, zB für die Verbuchung eines Ertrages aus der Veräuße-

<sup>12</sup> Das war die Markgemeinde Grafenwörth (NÖ, kleine Gemeinde bis zu 4.000 EW), die Stadtgemeinde Trofaiach (Stmk., mittlere Gemeinde/Stadt mit rund 10.000 EW) und Klagenfurt (größere Stadt mit rd. 100.000 EW).

<sup>13</sup> Der Endbericht wurde im April ua auf der Homepage des BMF unter <https://www.bmf.gv.at/budget/finanzbeziehungen-zu-laendern-und-gemeinden/323315.html> veröffentlicht.

<sup>14</sup> Kontenplan der Länder (Anl. 3a) und der Gemeinden (Anl. 3b).

zung von Anlagegütern, für aktive Finanzinstrumente, im Bereich der Vorräte und für Wert-berichtigungen, Überarbeitung der Verknüpfungen der Konten mit dem Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalt (MVAG/-Codes) Klärung von Auslegungsfragen bei den Anlagen und Beseitigung von Redaktionsversehen.

Am 23. Jänner 2018 mündeten die Arbeiten in der Novelle zur VRV 2015<sup>15</sup>. Auch die Erläuterungen der VRV 2015 wurden – entgegen der sonstigen Praxis bei novellierten Verordnungen – überarbeitet und im VR-Komitee beschlossen. Festzuhalten ist, dass sich am Grundgerüst der 3-Komponenten-Rechnung nichts änderte.

## 1.2 Geltungsbereich

Die VRV ist für Länder und Gemeinden anzuwenden:

### 1.2.1 Länder und Gemeinden

Primär sind gem. § 16 F-VG Länder und Gemeinden vom Geltungsbereich der VRV erfasst. Diese haben die VRV 2015 für die Erstellung ihrer Voranschläge bzw. Rechnungsabschlüsse spätestens ab 2020 anzuwenden.

### 1.2.2 Wirtschaftliche Unternehmungen, Betriebe und betriebsähnliche Einrichtungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit

Zudem erstreckt sich der Geltungsbereich der VRV 2015 gem. § 1 auch auf die wirtschaftlichen Unternehmungen, Betriebe und betriebsähnliche Einrichtungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit von Ländern und Gemeinden.

Wenden diese andere gesetzliche Regelungen als die VRV 2015 an, wie zB UGB, IFRS, so sieht die VRV 2015 ua vor, dass die Gebietskörperschaft den zuletzt beschlossenen Wirtschaftsplan dieser Einheiten dem Voranschlag und deren zuletzt beschlossenen Rechnungsabschluss dem Rechnungsabschluss der Gebietskörperschaft beizulegen hat.

Zusätzlich ist eine zusammenfassende Darstellung mit dem Gesamthaushalt vorzulegen. Darunter ist zu verstehen, dass die Rechnungsabschlüsse dieser Einheiten in eine Gliederung nach Anlage 1 e und 1 f überzuleiten sind.

Die Darstellung gemeinsam mit dem Gesamthaushalt ist erforderlich, um die Gesamtverantwortung der Gebietskörperschaft zu zeigen, unabhängig davon, ob diese öffentlich oder marktwirtschaftlich tätig wird.

---

<sup>15</sup> BGBl. II Nr. 17/2018.

### 1.2.3 Gemeindeverbände

Ihrem Titel nach bezog sich die VRV 1997 auch auf Gemeindeverbände<sup>16</sup>. Inhaltlich werden jedoch auch dort nur die Länder und Gemeinden angesprochen. Die Ermächtigung des Bundesministers für Finanzen im Einvernehmen mit dem Rechnungshof die Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse zu regeln, richtet sich nämlich nur an Gebietskörperschaften<sup>17</sup>.

Mit dem Paktum wurde nun vereinbart, dass die Länder landesrechtlich die Gemeindeverbände verpflichten ebenfalls – so wie die Gemeinden selbst – die Voranschläge und Rechnungsabschlüsse nach den Bestimmungen der VRV zu führen. Die Verpflichtung soll wie für Gebietskörperschaften ab 1. 1. 2020 gelten.

Die Länder werden ab 1. 1. 2020 die Gemeindeverbände zur Einhaltung der VRV verpflichten. Für kleine Gemeindeverbände mit einem Budgetvolumen bis zum aktuellen Schwellenwert des § 189 UGB (EUR 700.000,–) soll es ausreichend sein, eine Finanzierungsrechnung sowie die damit in Verbindung stehenden Anlagen vorzulegen.

Ein Sonderfall sind kleinere Gemeindeverbände mit einem Budgetvolumen von bis zu 0,7 Mio. €. Die Finanzausgleichspartner haben sich hier an der Bilanzierungsgrenze für Unternehmer orientiert. Bei der Umsetzung wird es daher sinnvoll sein, sich an den dortigen näheren Regelungen zu orientieren, etwa die Grenze wie dort im Sinn einer Einnahmen-/Ausgabenrechnung festzustellen<sup>18</sup>.

### 1.2.4 Wasserrechtsverbände

Ein weiteres Thema, das in diesem Zusammenhang diskutiert wird, ist die Frage, ob die Verpflichtung der Länder sich auch auf Wasserrechtsverbände bezieht. Wasserrechtsverbände werden aber nach dem WRG 1959<sup>19</sup> (einem Bundesgesetz) gebildet und sind demnach keine (landesrechtlichen) Gemeindeverbände, weil Dritte, etwa Wassergenossenschaften, oder zur Erhaltung öffentlicher Verkehrswege Verpflichtete, Mitglieder von Gemeindeverbänden sein können. Auch dann, wenn de facto nur Gemeinden Mitglieder sein sollten, handelt es sich um keinen Gemeindeverband im Sinn des Paktums zum FAG 2017.

Für das WRG 1959 ist im Bereich der Vollziehung des Bundes das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft<sup>20</sup> zuständig. In der Satzung des Wasserrechtsverbands haben Bestimmungen zu Voranschlag und Rechnungsprüfung<sup>21</sup> enthalten zu sein. Es spricht also grundsätzlich nichts gegen eine Übernahme der

<sup>16</sup> Verordnung des Bundesministers für Finanzen mit der Form und Gliederung der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse der Länder, der Gemeinden und von Gemeindeverbänden geregelt werden (Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997 - VRV 1997) StF: BGBl. Nr. 787/1996 idF BGBl. II Nr. 313/2015.

<sup>17</sup> § 16 Abs. 1 F-VG 1948; vgl. dazu *Hörmann*, Die Herausforderungen der Umsetzung der VRV 2015 aus Sicht der Gemeinden – mit Auswirkung auf die Länder; ÖHW 2017, Heft 1, S 2f.

<sup>18</sup> *Hörmann*, a.a.O., zeigt Herausforderungen für die Umsetzung dieser Bestimmung auf.

<sup>19</sup> StF: BGBl. Nr. 215/1959 (WV) idF BGBl. I Nr. 58/2017.

<sup>20</sup> dzt. Bezeichnung: Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus; § 144 leg. cit.

<sup>21</sup> § 77 Abs. 3 lit h leg. cit.

VRV 2015 durch Wasserrechtsverbände. Der Wasserrechtsverband unterliegt dabei der Aufsicht durch die Wasserrechtsbehörde.<sup>22</sup> Eine Verpflichtung der Länder im Sinn des Paktums kann hier aber nicht bestehen.

### **1.2.5 Mustervoranschläge und -rechnungsabschlüsse**

Das BMF unterstützte die Erstellung von Mustervoranschlägen und Rechnungsabschlüssen der Länder und Gemeinden auf Basis der Drei-Komponenten-Rechnung durch den Gemeinde- und den Städtebund.

Schon während der Gespräche zum Entwurf der VRV 2015 wurde insbesondere vom Gemeindebund und Städtebund die Notwendigkeit von Mustervoranschlägen und Rechnungsabschlüssen als Orientierungshilfe für die Gemeinden betont. Nach Vorliegen der VRV wurde ein Projekt aufgesetzt, in dem für drei unterschiedlich große Gemeinden die neuen Budgetdokumente aus bisherigen Daten konvertiert bzw. fehlende Angaben erhoben wurden. Damit liegen für die Veranschaulichung und das „Begreifen“ der neuen Haushaltsregeln wichtige Beispiele vor, auch wenn die Modelle (notgedrungen) mit einer Konvertierungsmethode erstellt wurden.

## **1.3 Zielsetzung**

Österreich hat ab 2020 ein harmonisiertes Rechnungswesen mit einer integrierten Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögensrechnung und damit eines der modernsten Systeme in Europa. Die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Gemeinden hat sich beim Zustandekommen der VRV 2015 bewährt und wird weitergeführt. Mit den neuen Rechnungslegungsvorschriften kann eine möglichst getreue, vollständige und einheitliche Darstellung der finanziellen Lage (Liquiditäts-, Ressourcen- und Vermögenssicht) aller Gebietskörperschaften sichergestellt werden.

---

<sup>22</sup> § 85 leg.cit.

## **2. NEUE BEGRIFFLICHKEITEN WESENTLICHE VERÄNDERUNGEN DURCH DIE VRV 2015**

(CHRISTIAN SCHLERITZKO, MSc UND MAG. [FH] ANDREAS AUER)

### **2.1 Ein herausfordernder Wandel für die Kommunen**

Die nun durch den Bundesminister für Finanzen im Einvernehmen mit dem Rechnungshof erlassene Verordnung i. d. F. BGBl. II Nr. 17/2018 vom 23. Jänner 2018, (im folgenden VRV 2015) bedeutet eine grundlegende Veränderung der kommunalen Rechnungslegung und – nicht zu vergessen – Budgetierung. Im Oktober 2015 wurde damit dem in seinen Grundzügen seit Jahrzehnten bestehendem System kameraler Haushaltsführung (zuletzt in der Version der Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 1997 – i. d. F. BGBl. II Nr. 118/2007 – im Folgenden VRV 1997) mit dem auslaufenden Haushaltsjahr 2019 ein Endpunkt gesetzt.

Ergänzt wird diese Grundnorm auch hinkünftig von landes- und bundesspezifischen Rechtsvorschriften. Diese bleiben einerseits weiter bestehen, müssen jedoch in vielen Bereichen grundlegend verändert bzw. ergänzt werden. Andererseits wird die VRV 2015 neue zusätzliche Normen erfordern, welche die Länder erst umsetzen müssen. In der vorliegenden Schriftenreihe wird dabei auf einige Punkte noch später eingegangen werden (z. B. Nachweis für die Investitionstätigkeit) Es wird daher förderlich sein, diese zusätzlichen Umsetzungsschritte so bald wie möglich durch die dazu berufen Organe beschließen zu lassen, da neben den Bestimmungen der VRV 2015 auch die landesrechtlichen Regungen geschult werden müssten und schlussendlich (das ambitionierte Ziel) eine gänzliche Umsetzung vor den Jahr 2020 der gebündelten Kraft aller Beteiligten bedarf.

In der VRV 2015 erfolgt die Erstellung des Voranschlages und des Rechnungsabschlusses „mittels eines integrierten Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögenshaushalts.“ (vgl. § 2 „Haushaltsgrundsatz“). Dieses System bildet aber nicht eine klassische doppelte Buchführung („Doppik“, welcher privatwirtschaftliche Unternehmen unterworfen sind) ab, sondern es wurde ein eigenes System, welches in Fachkreisen als „Doppelte kommunale Buchführung“ bezeichnet wird, geschaffen.

In diesem neuen System wird so wie bisher eine Budgetierung und eine Verbuchung der laufenden Geschäftsfälle auf Haushaltskontenebene vorgenommen. Die richtige Zuordnung dieser Haushaltskonten zu den verschiedenen Haushalten sollten die entsprechenden EDV-Programme automatisch durchführen.

Es ist daher vorerst hilfreich ausgewählte Bereiche der verschiedenen Buchhaltungssysteme einer Betrachtung zu unterziehen. In der Gegenüberstellung der VRV 1997 und der VRV 2015 kann man einen ersten Eindruck über die Unterschiede der Systeme erhalten:



## 2.1 Ein herausfordernder Wandel für die Kommunen

Bereich	VRV 1997	VRV 2015
Darstellung des Voranschlags (VA) und Rechnungsabschlusses (RA)	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Soll/Ist</li> <li>2. auf Voranschlagsstelle</li> <li>3. Gliederung nach Haushaltshinweis</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Darstellung im Ergebnis- u. Finanzierungshaushalt</li> <li>2. auf Voranschlagsstelle</li> <li>3. Gliederung nach MVAGs-/Codes</li> <li>4. RA: Darstellung Vermögenshaushalt</li> </ol>
Voranschlagsstelle	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Haushaltshinweis/ Ansatz/ Post</li> <li>2. Postenverzeichnis gem. Anl. 3 b für die Gemeinden</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Ansatz/Gruppe</li> <li>2. Aufbau ähnlich VRV 1997, jedoch geänderter „Kontenplan“<sup>23</sup></li> <li>Ansatz nach Anlage 2</li> <li>Gruppe nach Anlage 3 b</li> </ol>
Darstellung der Zahlung	IST-Buchung mit Zahlwegen	Kassa, Bank,... als Konto
ausständige Zahlungen	schließliche Einnahmen- und Ausgabenreste	Forderungen/Verbindlichkeiten
Buchungssatz	Konto und Zahlweg	2 Konten (Soll/Haben)
Darstellung des laufenden Betriebes (operative Gebarung)	im ordentlichen Haushalt	in Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögensrechnung
Darstellung von Investitionen	im VA und RA (meist) im außerordentlichen Haushalt („räumlich“ klar getrennt vom ordentlichen Haushalt)	VA: Ergebnis- und Finanzierungsvoranschlag RA: Ergebnis-, Finanzierungs- und Vermögensrechnung
ausgeglichener Haushalt	Überschüsse und Fehlbeträge der Haushalte aus Summen des ordentlichen Haushaltes bzw. den Vorhaben des außerordentlichen Haushalts errechnet und unmittelbar ausgewiesen	Überschüsse und Fehlbeträge für laufende Einzahlung und Auszahlungen nach anderen Kriterien gegliedert, sind auf die Bedürfnisse der Gemeinden aufzuschlüsseln. (z. B. in einem Investitionsnachweis)
Umfang und Nachweise	in die Tiefe	zusätzlich in die Breite

*Tabelle 1: Gegenüberstellung wesentlicher Bereiche VRV 1997 und VRV 2015*

Zu dieser Aufstellung sind an dieser Stelle einige Ergänzungen zweckmäßig.

<sup>23</sup> Explizit ist darauf hinzuweisen, dass Gemeinden die ersten 3-Stellen genau zu bebuchen (z. B. 588 „Kommunalsteuer“) haben. Diese 3-Stellen werden aus Gründen der Praktikabilität im Folgenden jeweils als „Konto“ bezeichnet; obwohl sie nach dem Kontenplan der Gemeinden in Anlage 3 b formal gesehen eigentlich als „Gruppe“ zu bezeichnen wären. Die Titulierung als Konto dient der Vermeidung von Missverständnissen und wird in Fachkreisen auch so praktiziert.

### Umfang und Nachweise

Die neue Vorschrift sorgt für einen teilweise breiteren Informationsgehalt (z. B. Datenaggregation, Vermögensrechnung, Anzahl der Nachweise . . .; vgl. §§ 6 ff, 18 ff und Anlagen) und einer Fülle zusätzlicher Werte. Jedoch zeigt sich bei genauerer Betrachtung, dass der Detailgrad (z. B. Inhalte der Nachweise, Entfall des außerordentlichen Haushalts, . . .) bei gleichzeitiger Übersichtlichkeit der bestehenden VRV 97 nicht mehr gegeben sein wird bzw. nur über zusätzliche (teilweise nicht automatisierte) Nebenaufzeichnungen möglich ist.

Für die Gesamtbetrachtung der Gemeinde ist noch ein wesentlicher Hinweis von Bedeutung:

Der Geltungsbereich der VRV 2015 umfasst auch die wirtschaftlichen Unternehmungen, Betriebe und betriebsähnliche Einrichtungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit von Gemeinden (vgl. § 1). Zu den Unternehmensformen ohne eigene Rechtspersönlichkeit zählen zum Beispiel Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit, Regiebetriebe und Eigenbetriebe. Sollten für die wirtschaftlichen Unternehmungen, Betriebe und betriebsähnliche Einrichtungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit andere gesetzliche Regelungen als die VRV 2015 (wie z. B. UGB oder IFRS) zur Anwendung kommen, ist der Rechnungsabschluss dieser Einheiten in eine Gliederung nach Anlage 1 e und 1 f überzuleiten.

Es zeigt sich, dass besonders auch ein „Umdenken“ bei der Erfassung der Daten, der Erstellung der Rechenwerke und sowie der Interpretation von Werten bei allen Betroffenen gefordert ist. Hierzu ist weiters anzumerken, dass eine Kennzahlenanalyse zwar möglich ist, jedoch ohne eine entsprechende Interpretation dieser Kennzahlen unter Beachtung der besonderen Situation einer Gemeinde zu keinen befriedigenden und nachvollziehbaren Ergebnissen führen wird.

### Voranschlag und Rechnungsabschluss

Bei der jährlichen Voranschlagserstellung und Rechnungslegung wird die neue Vorschrift besonders sichtbar. Die Budgetierung erfolgt hinkünftig auf zwei Ebenen und die Rechnungslegung auf drei Ebenen. Vor allem zu Beginn wird der zeitliche Erstellungsaufwand und der zusätzliche Bedarf an Information für die Erstellung der Entwürfe der Voranschläge und Rechnungsabschlüsse größer sein. Aber diese Ebene wird erfahrungsgemäß nicht nur die Verwaltung fordern. Vor allem auch die politischen Vertreter sind gefordert, keine einseitigen Betrachtungen anzustellen, sondern den neuen integrierten Haushalt in seiner Gesamtheit als Grundlage ihrer Überlegungen und Entscheidung heranzuziehen.